

Zukunft der Demokratie | 01.2020

Rückkehr des Vertrauens?

Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) aller Menschen in Deutschland halten den Staat derzeit für stark und handlungsfähig. Sieben von zehn (70 Prozent) sind zufrieden damit, wie die Regierung mit dem Coronavirus umgeht. Also eine sehr gute Zwischenbilanz der ersten Phase der Pandemiebekämpfung – aber wie stabil sind diese Werte?

Die erste Phase der Coronakrise hat zu einer deutlichen Verbesserung der Vertrauenswerte in Staat und Regierung geführt. Mehr als zwei Drittel aller Menschen in Deutschland halten den Staat derzeit für „eher“ oder „sehr stark“. Das ist gegenüber dem Stand von Ende 2019 ein Anstieg des Vertrauens um 23 Prozentpunkte. Gleichzeitig sehen nur noch weniger als ein Viertel (23 Prozent) den Staat als „eher“ oder „sehr schwach“. Das sind nur noch etwa halb so viele Menschen wie Ende 2019. Zugleich halten mehr als doppelt so viele Menschen unsere Regierung im Vergleich zum Vorjahr für „stark genug“ (49 Prozent), und derzeit sehen im politischen System und der politischen Stabilität nur noch halb so viele eine Schwäche. Auch im internationalen Vergleich erreicht die Regierungszufriedenheit Spitzenwerte. Die erste Phase der Pandemiebekämpfung hat damit zu einer massiven Rückkehr des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit von Staat und Regierung geführt. Die derzeitigen Vertrauenswerte sind die höchsten seit mehr als zwanzig Jahren. Nachdem noch Ende 2019 von einer „Erosion des Vertrauens“ die Rede

war, hat sich die Stimmungslage der Bevölkerung während der ersten Phase der Krise vollständig gedreht.

Aber wie stabil sind diese Werte? Fest steht: Bei den gemessenen Vertrauenswerten handelt es sich um situationsbezogene „Performanzbewertungen“. Sie bilden also Stimmungslagen ab, die sich auf ein laufendes Geschehen beziehen. Ändert sich das bewertete Geschehen, können sich auch die Vertrauenswerte wieder verändern. Kurzfristige Rückschläge sind dabei ebenso denkbar, wie eine weitere Festigung oder Verbesserung. Die gemessenen Werte bilden also keine von aktuellen Ereignissen unabhängigen Grundüberzeugungen ab, sondern eher situationsbezogene Stimmungslagen. Dennoch zeigen sie: Die erste Phase der Pandemiebekämpfung hat zu einem deutlichen Vertrauensaufbau zwischen Regierung und Bevölkerung geführt. Ein Kapital, das in den nächsten Phasen noch gebraucht werden könnte und deshalb in der jetzt anlaufenden Phase erster Lockerungen nicht leichtfertig verspielt werden darf.

„There is no glory in prevention“?

„There is no glory in prevention“ – erwartet also keinen Dank für erfolgreiche Prävention und Pandemie-Vermeidung, hieß es gleich zu Beginn der Krise. Der Grund dieser von vielen Virologen an die Adresse von Politik und Regierung ausgesprochenen Vorwarnung lautete: Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung bleiben. Das Bedrohungsgefühl aber verschwindet, und die Erinnerung an die Gefahr verblasst. Die Stimmung kippt dann, und die Schmerzen der Krisenbekämpfung dominieren die Schlussbilanz des Krisenmanagements. So wurde es vielfach prognostiziert. Und so kann es auch noch immer kommen. Möglicherweise stehen wir gerade vor so einem Kippunkt der Stimmung in der Pandemiebekämpfung. Die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Krisenbekämpfung werden deutlicher spürbar. Die Maßnahmen der Regierung werden kritischer hinterfragt als in der akuten Notsituation der anlaufenden Krise. Gleichzeitig gärt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie. Zum jetzigen Zeitpunkt ist deshalb nur eine erste Zwischenbilanz möglich. Die Unsicherheit über die Schlussbilanz nach Abschluss der Krise bleibt.

Die Vertrauensbilanz dieser ersten Phase des Krisenmanagements der Regierung fällt dennoch sehr eindeutig und sehr positiv aus: Die Werte des Regierungsvertrauens in Deutschland sind so gut wie lange nicht mehr. Die vorliegenden Zahlen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erhoben wurden, zeigen: Bevölkerung und Regierung haben die erste Phase der Pandemie gemeinsam bewältigt. Die Bevölkerung vertraut sehr weitgehend den Maßnahmen der Regierung. Die gemessenen Vertrauenswerte sind außergewöhnlich und die Veränderungen mehr als deutlich. Derartig große Sprünge sind nur äußerst selten. Deshalb lohnt ein detaillierter Blick auf die Ergebnisse im Einzelnen.

Quellenverweis:

Den Ergebnissen liegt eine Online-Umfrage zugrunde, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde (Feldzeit: 24. bis 27. April 2020). Die Stichprobe der Befragten ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Insgesamt wurden 1.082 Personen befragt. Um Rückschlüsse auf die deutsche Wohnbevölkerung ziehen zu können, wurde eine Gewichtung der Ergebnisse zur Angleichung an die Strukturdaten der amtlichen Statistik vorgenommen. Die Ergebnisse der Abbildung 4 beruhen auf dem COVID-19 tracker von YouGov. Der Tracker erhebt repräsentativ aktuelle Stimmungslagen zu Themen rund um die Coronapandemie. Die Fallzahlen je Land liegen zwischen 1.000 und 2.000 Befragten. Ausnahmen sind Schweden und Dänemark mit jeweils 250 Befragten.

Gefestigtes Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat

Nach der Allensbach-Umfrage halten derzeit mehr als zwei Drittel der Deutschen (68 Prozent) den Staat für „eher“ bzw. „sehr stark“. Dagegen bewertet nicht mal jeder Vierte (23 Prozent) den Staat als „schwach“ (s. Abb. 1). Nach Phase 1 der Pandemie nimmt also die große Mehrheit der Deutschen den Staat als stark und handlungsfähig wahr. Solch ein gefestigtes Vertrauen ist gerade in Krisensituationen wichtig und zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie mehrheitlich von der Bevölkerung getragen werden. Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich damit binnen sechs Monaten das Stimmungsbild grundlegend gewandelt. In den ersten zwei Monaten der Pandemie konnte der deutsche Staat seine Vertrauenswerte um 23 Prozentpunkte gegenüber November 2019 steigern. Hatte noch vor sechs Monaten lediglich eine Minderheit von 45 Prozent dem Staat ihr Vertrauen ausgesprochen, erreicht der Anteil nach Abschluss der ersten Phase der Pandemie einen neuen Rekordwert.

„Das Vertrauen in die Regierung ist derzeit so stark wie lange nicht mehr.“

Und auch der Anteil der Bürger, die dem Staat eher misstrauen ist im Vergleich zum Winter letzten Jahres um ganze 21 Prozentpunkte zurückgegangen. Er hat sich damit fast halbiert. Lediglich der Anteil der Personen, die auf die Frage mit „unentschieden“ geantwortet haben, ist in etwa gleichgeblieben. Auch wenn man zum Vergleich eine Allensbach-Umfrage aus dem Sommer 2018 zu Rate zieht, zeigt sich das gleiche Bild: Das Staatsvertrauen nimmt in der Krise spürbar zu.

Diese großen Vertrauensgewinne für den Staat und in seine Handlungsfähigkeit zeigen sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Allerdings liegt der Anteil der Menschen, die den Staat als stark und handlungsfähig bezeichnen in den alten Bundesländern neun Prozentpunkte über dem Anteil in den neuen Bundesländern. Und auch weiterhin gibt es im Osten mehr Menschen, die den Staat eher als schwach wahrnehmen. Während im Osten knapp ein Drittel (31 Prozent) den Staat als schwach beurteilen, ist es im Westen nur gut jeder fünfte Bürger (22 Prozent). Dennoch spricht derzeit im Westen und im Osten eine große Mehrheit dem Staat ihr Vertrauen aus, auch wenn das Urteil in Summe im Osten weiterhin etwas schlechter ausfällt.

Im Vergleich zu 2019 hat es bei den Bürgern sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland massive Vertrauensgewinne in den Staat gegeben. Jedoch fallen die Vertrauenszuwächse im Osten größer aus als im Westen: Während der Staat sein Vertrauen im Westen um 21 Prozentpunkte steigern konnte, so konnte er das im Osten um immerhin 26 Prozentpunkte. Vergleicht man das im Osten deutlich niedrigere Ausgangsniveau von nur 34 Prozent im Jahr 2019, ergibt sich ein relativer Vertrauensgewinn von zusätzlich 76 Prozent. Im Vergleich dazu liegt der Vertrauenssprung in Westdeutschland von einem deutlich höheren Ausgangsniveau bei „nur“ 44 Prozent. Mit Blick auf den Anteil der Bürger, die den Staat als „schwach“ empfinden, zeigt sich im Zeitvergleich ein Rückgang von 19 und 26 Prozentpunkten im Westen bzw. Osten. In der Coronakrise scheint der Osten gegenüber dem Westen in Sachen Staatsvertrauen aufzuholen. Ob dies ein langfristiger und nachhaltiger Trend ist, bleibt jedoch abzuwarten und kann aktuell nicht beurteilt werden. Es bleibt aber ein sehr positives Ergebnis für die neuen Bundesländer, denen Demoskopien oft ein geringeres Staatsvertrauen attestieren.

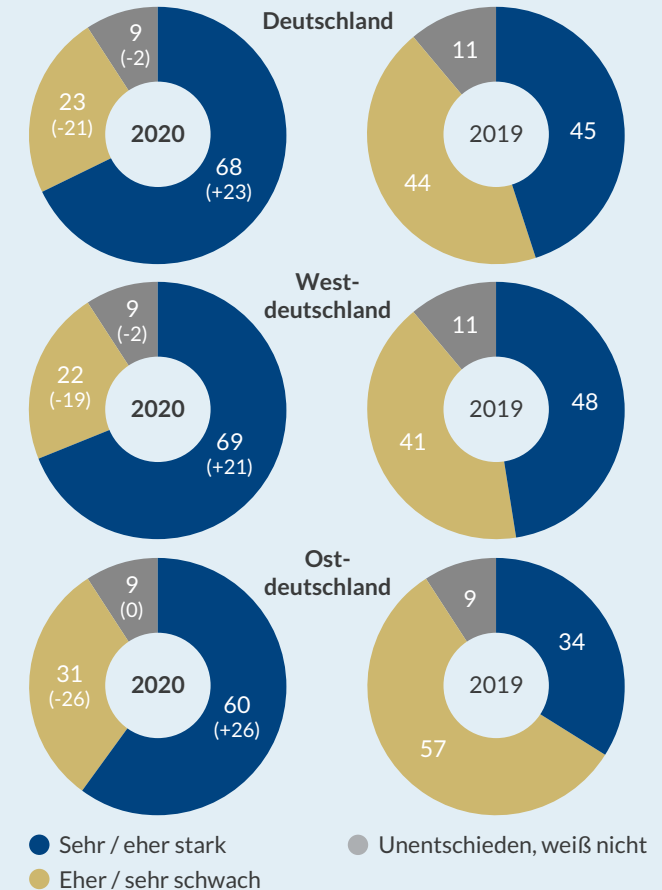
In Summe hat es der Staat also geschafft, nach Phase 1 der Pandemie, sein Vertrauen spürbar zu steigern. Differenziert nach Regionen, konnte das Vertrauen in den Staat und seine Handlungsfähigkeit im Osten etwas stärker gesteigert werden als im Westen. Hier hat sich der Anteil der Menschen, die dem Staat vertrauen fast verdoppelt. Allerdings bleibt auch in der Krise das Staatsvertrauen sozial gespalten. Der Anteil der Menschen, die den Staat als stark und handlungsfähig empfinden, ist in einkommens- und bildungsstarken Gruppen signifikant höher, als in sozio-ökonomisch schwachen Gruppen. Und gerade Menschen aus sozial benachteiligten Lagen sind durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise besonders hart betroffen. Vor allem hier gilt es auf die Menschen zuzugehen und durch eine offene Kommunikation für mehr Vertrauen und Verständnis gegenüber ihren Ängsten und Sorgen zu werben. Aber färbt das gestiegene Staatsvertrauen auch auf die Regierung ab? Gerade die Große Koalition (GroKo) stand immer wieder heftig unter Beschuss. Regelmäßig wurde ihr Uneinigkeit in politischen Sachfragen und Streitereien vorgeworfen. Wie also sieht das Regierungsvertrauen nach Phase 1 der Pandemie aus?

ABBILDUNG 1

Ist unser Staat stark und handlungsfähig?

Frage: Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, ob wir in Deutschland einen starken, handlungsfähigen Staat haben oder einen eher schwachen Staat. Wie empfinden Sie das? Würden Sie sagen, unser Staat ist sehr stark, eher stark, eher schwach, sehr schwach?

In Prozent. Veränderung zu 2019 in Klammern



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahlen: 1.082 für 2020; 1.298 für 2019)

Quelle: IfD Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Feldzeit: 24. - 27.04.2020) und Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092 (Feldzeit: November 2019).

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Innerhalb von sechs Monaten hat es der Staat geschafft, sein in den letzten Jahren verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Noch im November 2019 hielten weniger als die Hälfte (45 Prozent) der Bundesbürger den Staat für stark und handlungsfähig. Binnen sechs Monaten ist das Staatsvertrauen um ganze 23 Prozentpunkte gestiegen. Nach Phase 1 der Coronapandemie halten derzeit mehr als zwei Drittel der Deutschen (68 Prozent) den Staat für „eher“ bzw. „sehr stark“. Der Anteil der Bürger, die dem Staat eher misstrauen, ist im Vergleich zum Winter letzten Jahres um ganze 21 Prozentpunkte zurückgegangen und hat sich damit fast halbiert. Auch im Vergleich zu den entsprechenden Werten aus dem Sommer 2018, zeigt sich das gleiche Bild: Das Staatsvertrauen nimmt in der Krise spürbar zu.

Ist unsere Regierung in der Krise stark genug?

Krisen gelten gemeinhin als „Stunde der Exekutive“. Aber gilt das auch für die GroKo? Die kurze Antwort lautet: Ja, auch in Deutschland verzeichnet die Regierung der GroKo steigende Vertrauenswerte. Allerdings bleiben die Vertrauenswerte der Regierung weiterhin deutlich unter denen in den Staat.

Die rekordverdächtigen Vertrauenswerte in den Staat spiegeln sich auch im Meinungsbild zur Regierung wider. Nach gut zehn Wochen im Lockdown hält derzeit knapp die Hälfte der Deutschen (49 Prozent) die Regierung für „stark genug“ (s. Abb. 2). Dagegen empfindet nur jeder vierte Bürger (26 Prozent) das Regierungshandeln als „zu schwach“. Im Vergleich zu 2019 hat sich somit binnen sechs Monaten auch das Stimmungsbild zur Bundesregierung massiv gewandelt. Im November 2019 war nur knapp jeder fünfte Bürger (19 Prozent) der Meinung, dass die Regierung „stark genug“ sei. Heute nach Phase 1 der Krise hat sich

„Die Bewertung der Regierung hat sich komplett vom Negativen ins Positive gedreht.“

dieser Wert mehr als verdoppelt (+30 Prozentpunkte). Gleichzeitig hat sich auch der Anteil der Menschen, die im November 2019 die Regierung noch als „zu schwach“ empfunden haben (58 Prozent) mehr als halbiert (-32 Prozentpunkte). Die Bewertung der Regierung hat sich also komplett umgekehrt, von einem betont negativen zu einem überwiegend positiven Stimmungsbild. Und auch im Vergleich zu älteren Umfragewerten aus dem Sommer 2019 bestätigt sich das Bild einer rekordverdächtigen Zwischenbilanz der Regierung. Seitdem die Frage im Jahr 1999 erstmals gestellt wurde, war die Stimmung noch nie so gut.

Der beschriebene Vertrauensgewinn der Regierung schlägt sich in Ost- und Westdeutschland nieder, allerdings in stärkerem Maße im Osten als im Westen. So ist das Regierungsvertrauen relativ zum Ausgangsniveau im Osten überdurchschnittlich stark gestiegen. Die GroKo scheint also mit ihrem aktuellen Kurs vor allem im Osten verlorengegangenes Vertrauen wieder zurück-zuholen. Sie hat es geschafft, ihre Zustimmungswerte in den neuen Bundesländern von nur zehn Prozent im November 2019, um 29 Prozentpunkte auf immerhin 39 Prozent zu steigern. Damit konnte sie ihr Ergebnis vom Winter letzten Jahres vervierfachen. Im Westen konnte

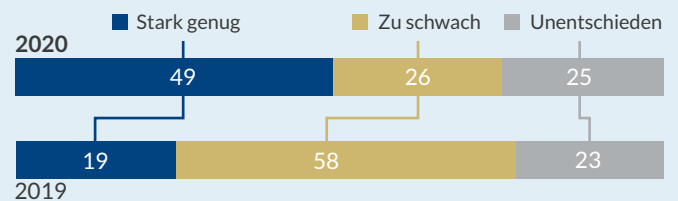
die Regierung dagegen ihre Vertrauenswerte „nur“ verdoppeln. Dennoch gilt auch beim Regierungsvertrauen in der Krise: Das Vertrauen in die Exekutive bleibt sozial gespalten. Auch wenn das Regierungsvertrauen in den letzten Monaten in den einkommens- und bildungsschwachen Schichten spürbar gestiegen ist, klafft weiterhin eine Vertrauenslücke zwischen den sozial gehobenen und den sozial benachteiligten Milieus. Insgesamt setzt sich der Trend eines gesteigerten

ABBILDUNG 2

Ist unsere Regierung stark genug?

Frage: Ist unsere Regierung stark genug, oder machen Sie sich Sorgen, dass sie zu schwach ist?

In Prozent



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren (Fallzahlen: 1.082 für 2020; 1.298 für 2019)

Quelle: IfD Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Feldzeit: 24. - 27.04.2020) und Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092 (Feldzeit: November 2019).

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Der Trend eines gesteigerten Vertrauens setzt sich von der allgemeinen Staatsebene auch bei der Bundesregierung fort. Für knapp die Hälfte der Deutschen (49 Prozent) ist unsere Regierung aktuell „stark genug“. Eine gute Ausgangslage also, sich den weiterreichenden Folgen der Krisenbekämpfung zu stellen. Dagegen empfindet nur jeder vierte Bürger (26 Prozent) das Regierungshandeln als „zu schwach“. Im November 2019 war nur jeder fünfte Bürger (19 Prozent) der Meinung, dass die Regierung „stark genug“ sei. Heute nach Phase 1 der Krise hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt (+30 Prozentpunkte). Gleichzeitig hat sich auch der Anteil der Menschen, die im November 2019 die Regierung noch als „zu schwach“ empfunden haben (58 Prozent) mehr als halbiert (-32 Prozentpunkte). Die Bewertung der Regierung hat sich somit binnen sechs Monaten komplett umgekehrt, von einem betont negativen hin zu einem überwiegend positiven Stimmungsbild.

Vertrauens von der allgemeinen Staatsebene auch auf der Akteursebene der Bundesregierung fort. Für knapp die Hälfte der Deutschen ist unsere Regierung aktuell „stark genug“ und scheint damit auch gewappnet sich den weitreichenden Folgen der Krisenbekämpfung zu stellen. Das gesteigerte Vertrauen spiegelt sich derzeit auch in deutlich besseren „Streitwerten“ der GroKo. In einer weiteren Frage zur Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD konnte diese ihre Werte gegenüber

2018 spürbar verbessern: Nahmen im September 2018 noch sechs von zehn Bürgern (61 Prozent) die GroKo als zerstritten war, sind es aktuell nur noch vier von zehn (37 Prozent). Dagegen hat sich der Anteil von Befragten, die die GroKo als „einig“ betrachten, in der Coronapandemie um 17 Prozentpunkte auf knapp ein Drittel der Befragten erhöht. Auch das ist ein Spitzenwert, wenngleich noch deutlich ausbaufähig. Allerdings bleibt das Vertrauen in eine starke Regierung

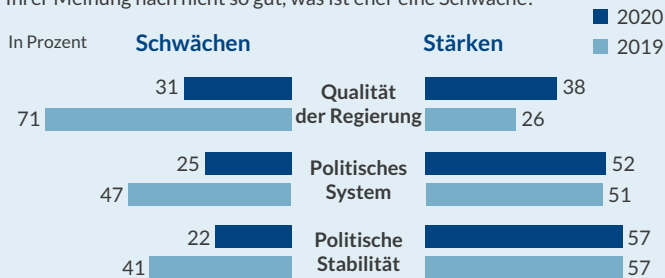
Abnehmende Schwächen sind noch keine Stärken

Aus Sicht der Bürger steht Deutschland nach der ersten Phase der Pandemie auch mit Blick auf seine Stärken und Schwächen deutlich besser da, als im Vorjahr. Allerdings zeigt sich auch hier eine durchaus differenzierte Bewertung zwischen Stärken und Schwächen einerseits sowie Staat und Regierung andererseits. Auch wenn sich hier das Bild ebenfalls spürbar zum Positiven gewandelt hat, fällt auf, dass sich die Verschiebungen lediglich auf Seiten der Schwächen zeigen, die Stärken bleiben dagegen stabil. Abnehmende Schwächen bedeuten also nicht automatisch zunehmende Stärken. Lediglich knapp ein Drittel (31 Prozent) der Bürger betrachtet aktuell die Qualität unserer Regierung noch als Schwäche (s. Abb. 3). Und auch das politische System sowie die politische Stabilität wird von nur jeweils etwa einem Viertel der Befragten als Defizit empfunden. Dass diese Werte historisch gut sind, zeigt der Vergleich zu 2019, wo den Befragten genau die gleiche Frage vorgelegt wurde.

ABBILDUNG 3

Stärken und Schwächen Deutschlands

Frage: Jedes Land hat ja seine Stärken und Schwächen. Wenn Sie einmal die folgenden Punkte durchsehen: Was davon ist Ihrer Meinung nach in Deutschland gut, was ist also eher eine Stärke Deutschlands, und was ist Ihrer Meinung nach nicht so gut, was ist eher eine Schwäche?



Grundgesamtheit: Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren
(Fallzahlen: 1.082 für 2020; 1.298 für 2019)

Quelle: IfD Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung
(Feldzeit: 24. – 27.04.2020) und Allensbacher Archiv,
IfD-Umfrage 11092 (Feldzeit: November 2019).

BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Aus der Sicht der Bürger steht Deutschland nach der ersten Phase der Coronapandemie auch mit Blick auf seine Stärken und Schwächen deutlich besser da, als im Vorjahr. Allerdings zeigt sich hier eine durchaus differenzierte Bewertung: Die Verschiebungen haben sich lediglich auf Seiten der Schwächen abgespielt. Die Stärken bleiben weitestgehend stabil. Nur knapp ein Drittel (31 Prozent) der Bürger betrachtet aktuell die Qualität unserer Regierung noch als Schwäche. Und auch das politische System sowie die politische Stabilität werden von nur jeweils etwa einem Viertel der Befragten als Defizit empfunden. Vor sechs Monaten gaben noch sieben von zehn Befragten (71 Prozent) an, die Qualität der Regierung als Schwäche zu sehen. Und auch beim politischen System und der politischen Stabilität sah das Bild ähnlich düster aus. Bei den Stärken fallen die Vertrauenszuwächse dagegen nicht so groß aus. Im Gegenteil: Bis auf die „Qualität der Regierung“, verhalten sich die Werte beim politischen System und der politischen Stabilität im Zeitvergleich stabil.

deutlich hinter dem Vertrauen in einen starken und handlungsfähigen Staat zurück. Derart abgestufte Vertrauenswerte sind aber nichts Ungewöhnliches: Je diffuser und abstrakter der Akteur (z. B. Staat), desto höher ist das Vertrauen und je konkreter und greifbarer der Akteur (z. B. Regierung), desto niedriger das Niveau. Aber was sind denn eigentlich konkret die Stärken und Schwächen, die die Befragten unserer Demokratie in der Coronapandemie zuschreiben?

„Nur etwa ein Viertel der Deutschen empfindet das politische System als Schwäche.“

Vor sechs Monaten gaben noch sieben von zehn Befragten (71 Prozent) und damit die überwältigende Mehrheit an, die Qualität der Regierung als Schwäche zu sehen. Und auch beim politischen System und der politischen Stabilität sah das Bild ähnlich düster aus. Ersteres wurde von fast jedem Zweiten (47 Prozent) als Schwäche genannt und Letzteres auch immerhin von 41 Prozent der Befragten. Im Zeitvergleich ergeben sich also auch hier große Unterschiede: War das Stimmungsbild im November 2019 noch betont negativ, so überwiegt nun vor allem mit Blick auf die Qualität der Regierung ein optimistischer Grundton. Hier hat sich der Anteil der Befragten um -40 Prozentpunkte mehr als halbiert, von einer klaren Mehrheit zu einer deutlichen Minderheit. Ebenso hat sich das Stimmungsbild beim politischen System und der politischen Stabilität verbessert. Nach Phase 1 der Pandemie sehen im Vergleich zum Vorjahr nur noch fast halb so viele Menschen diese zwei Punkte als Schwäche. Aber bedeutet das nun automatisch, dass die Schwächen von damals zu Stärken von heute geworden sind?

Die Antwort lautet: Nein, denn im Vergleich zu den Schwächen hat sich das Bild der Stärken zwar auch verbessert, aber nicht im gleichen Ausmaß.

Die größten Vertrauensgewinne gibt es hier bei der Qualität der Regierung, die von immerhin fast vier von zehn Bürgern als Stärke genannt wird. Vor sechs Monaten traf das nur auf gut ein Viertel der Befragten zu (26 Prozent). Dieser Anstieg schlägt sich aber nicht auf die systemische Ebene durch. Hier ist der Anteil der Personen, die das politische System bzw. die politische Stabilität als Stärke bewerten, im Vergleich zum Winter letzten Jahres in etwa gleichgeblieben. Damals wie heute nannten jeweils mehr als die Hälfte beide Aspekte als Stärke Deutschlands.

„Nur noch halb so viele Menschen sehen in der Qualität der Regierung eine Schwäche.“

Das positive Stimmungsbild zu den Schwächen und Stärken der Politik zeigt sich sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern. Bei allen drei Fragen ging der Anteil der Befragten, die sie als Schwäche bewerteten im Vergleich zu 2019 signifikant zurück. Im Westen hat sich der Anteil bei allen drei Fragen sogar fast halbiert: In Ostdeutschland verhält es sich ähnlich, allerdings fällt hier die Veränderung nicht ganz so groß aus und der Anteil der Bürger, die die drei abgefragten Aspekte weiterhin kritisch sehen, liegt weiterhin spürbar über dem in Westdeutschland. Umgekehrt sieht es bei den Stärken aus: Hier übersteigen die Vertrauensgewinne der Ostdeutschen deutlich die der Westdeutschen. Während im Westen aktuell fast genauso viele Menschen die politische Stabilität und das politische System (59 bzw. 54 Prozent) als Stärke nennen, wie noch 2019, hat sich der Anteil der Menschen in Ostdeutschland spürbar verbessert – um zehn Prozentpunkte beim politischen System und drei Prozentpunkte bei der politischen Stabilität. Die Qualität der Regierung wird sowohl in Ost und West aktuell häufiger als Stärke genannt als noch 2019. Allerdings fällt auch hier die Veränderung im Vergleich zur Ausgangslage im November 2019 im Osten größer aus als im Westen. Es zeigt sich also, wie schon beim Staats- und Regierungsvertrauen, ein Catch-Up-Effekt der ostdeutschen Bürger gegenüber den Westdeutschen.

Somit bleibt auch bei den Stärken und Schwächen das Gesamtresümee positiv. Auch hier erzielt die Bundesregierung ihren besten Wert seit Juni 2015, als diese Frage erstmals erhoben wurde. Und auch das politische System sowie die Stabilität wurden von so wenigen Bürgern als Schwäche genannt, wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die Regierung und das politische System stehen also in der Coronapandemie mit Blick auf die

Schwächen so gut da, wie schon lange nicht mehr. Allerdings zeigt der Zeitvergleich bei den Stärken, dass sich hier die Werte in der Krise bisher lediglich stabilisiert haben. Die Politik kann sich auf diesen aktuell guten Werten auch nicht ausruhen, sondern sollte weiter daran arbeiten, dass aus Schwächen auch tatsächlich Stärken werden.

Gutes Abschneiden auch im internationalen Vergleich

Dass der Vertrauensaufbau während der Coronapandemie bisher gut gelungen ist, zeigen auch die Umfrageergebnisse des COVID-19 trackers von YouGov (s. Abb. 4). Lag die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Regierung in Deutschland mit der Coronapandemie umgeht Mitte März noch bei soliden 51 Prozent, so hat es die Bundesregierung geschafft diese Zufriedenheit innerhalb von vier Wochen um etwa 20 Prozentpunkte auf 72 Prozent Zustimmung zu steigern. Seither liegt die Regierungszufriedenheit in Deutschland auf einem stabil hohen Niveau. Allerdings zeigt sich seit Ende April in Deutschland eine minimale Abflachung des Vertrauens. Es bleibt also ungewiss, wie sich die Vertrauenswerte in der zweiten Phase der Coronapandemie entwickeln werden. Nach Phase 1 der Krise verzeichnen im Vergleich zu Deutschland lediglich Australien und Dänemark noch höhere Zufriedenheitswerte. Der Ländervergleich zeigt zudem, dass kaum ein anderes Land seine Vertrauenswerte im Verlauf der Krise so spürbar steigern konnte, wie Deutschland. Seit Beginn der Erhebung hat die Regierungszufriedenheit um circa 20 Prozentpunkte zugenommen. Dieser gute Wert wird lediglich von Australien und Schweden übertroffen, die ihr Regierungsvertrauen im Untersuchungszeitraum um 26 bzw. 23 Prozentpunkte steigern konnten.

Krise als „Stunde der Exekutive“?

Dass die goldene Regel Krisen als „Stunde der Exekutive“ kein Automatismus ist, sieht man an Frankreich, Großbritannien und den USA. Alle drei Länder scheinen, trotz anfänglicher positiver Entwicklung, ihr gewohntes Krisenvertrauen aktuell wieder zu verspielen. Zunächst konnten sie ihre Vertrauenswerte Mitte März noch merklich steigern. In Frankreich und den USA ist die Regierungszufriedenheit mit den Coronamaßnahmen um sechs bzw. sieben Prozentpunkte gestiegen. Boris Johnson und seine Tories schafften sogar den unter allen Ländern größten Vertrauenssprung binnen zwei Wochen um 17 Prozentpunkte. Seither konnte aber keines der Länder die Bürger mit ihrem Kurs zur

Pandemiebekämpfung überzeugen. Das gewonnene Vertrauen scheint in den USA und Großbritannien gerade verspielt zu werden, was häufig mit einem in Teilen populistischen Krisenmanagement der dortigen Regierung erklärt wird. Am schlechtesten steht derzeit Frankreich da. Seit Beginn der YouGov-Erhebung ist das Regierungsvertrauen in Frankreich von zwischen- durch 54 Prozent auf 34 Prozent abgestürzt. Das ist der

zufrieden. Beim Spitzenreiter Australien liegt die Zufriedenheit dagegen fast dreimal so hoch, bei 89 Prozent. Gute Zufriedenheitswerte der Regierung in Krisenzeiten sind also alles andere als selbstverständlich. Gewonnenes Vertrauen kann auch schnell wieder verspielt werden, wie der Ländervergleich zeigt. Eine klare Kommunikation und ein ehrlicher Umgang mit der Coronapandemie und seinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, sowie ein immerwährendes Reflektieren der getroffenen Entscheidungen sind vermutlich unerlässlich für erfolgreiches Regierungshandeln in Zeiten einer Pandemie. Allerdings muss bei der Analyse berücksichtigt werden, dass sich jedes Land derzeit in einer anderen Phase der Pandemie befindet. So spiegeln unterschiedliche Vertrauenswerte zum gleichen Zeitpunkt immer auch unterschiedliche Krisenmomente wider. Auch wenn Deutschland bisher gut dasteht, kann die Akzeptanz der getroffenen Corona-Maßnahmen ebenso schnell wieder kippen.

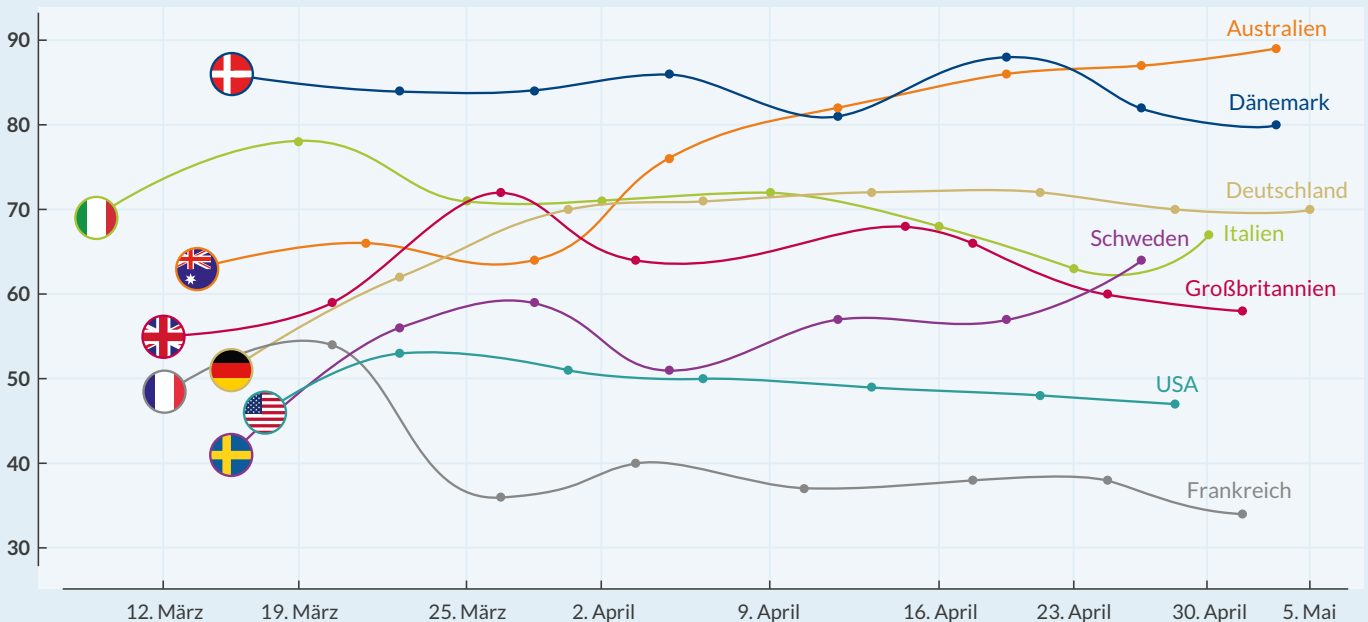
„Auch im internationalen Vergleich schneidet die deutsche Regierung sehr gut ab.“

größte Vertrauensverlust aller untersuchten Länder. Was Deutschland in den letzten acht Wochen an Vertrauen gewonnen hat, scheint in Frankreich verloren gegangen zu sein. Zum Vergleich: Anfang Mai ist in Frankreich nur jeder dritte Staatsbürger mit seiner Regierung und dem Umgang mit der Coronapandemie

ABBILDUNG 4

Regierungszufriedenheit im Ländervergleich

In Prozent der Befragten, die angegeben haben mit der Art und Weise, wie ihre Regierung mit dem Coronavirus umgeht sehr bzw. eher zufrieden zu sein.



Quelle: YouGov international COVID-19 tracker. Online abrufbar: <https://yougov.co.uk/covid-19> (Stand: 11.05.2020)

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Der Ländervergleich zeigt, dass gute Zufriedenheitswerte der Regierung in Krisenzeiten keine Selbstverständlichkeit sind. Gewonnenes Vertrauen kann auch schnell wieder verspielt werden. Derzeit steht Deutschland aber sehr gut da. Lag die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Regierung in Deutschland mit der Coronapandemie umgeht, Mitte März noch bei soliden 51 Prozent, hat es die Bundesregierung geschafft diese Zufriedenheit innerhalb von vier Wochen um circa 20 Prozentpunkte auf 72 Prozent Zustimmung zu steigern. Seither liegt die Regierungszufriedenheit in Deutschland auf einem stabil hohen Niveau. Bessere Zustimmungswerte verzeichnen nur Australien und Dänemark. Kaum ein anderes Land konnte seine Vertrauenswerte in der ersten Phase der Coronapandemie so spürbar steigern, wie Deutschland. Gleichzeitig zeigen die Beispiele Großbritannien, USA und Frankreich aber auch, wie anfänglich gewonnenes Vertrauen in der Krise schnell wieder verloren gehen. Die goldene Regel von Krisen als „Stunde der Exekutive“ ist also kein Automatismus.

Fazit: Rückkehr des Vertrauens als Verpflichtung für die Zukunft

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen: Regierung und Bevölkerung haben die erste Phase der Pandemiebekämpfung gemeinsam bewältigt. Die Krisenstrategie der Regierung wurde getragen von einer Rückkehr des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit und Stärke von Staat und Regierung. Das rechtfertigt eine sehr positive Zwischenbilanz. Aber wie stabil sind diese Werte? Zwei Dinge sind zur Beantwortung dieser Frage besonders wichtig: Zum einen handelt es sich bei den gemessenen Vertrauenswerten nicht um stabile kognitive Grunddispositionen und -überzeugungen, sondern um situationsbezogene, stimmungsdeterminierte Lagebewertungen. Sie bleiben auf ein laufendes und volatiles Geschehen bezogen. Es sind „Performanzbewertungen“. Sie bilden Stimmungslagen ab, die sich – auch kurzfristig – wieder verändern können. Zum anderen befand sich das Regierungsvertrauen Ende 2019 auf einem historischen Tiefststand. Der schlechte Ruf der angeblich so „grotenschlechten“ Großen Koalition spiegelte sich in einer „Erosion des Vertrauens“ – trotz objektiv eher guter Ergebnisse der Regierung bei der Umsetzung ihrer Vorhaben.

Beides sollte also nicht überinterpretiert werden, weder die „Erosion des Vertrauens“ in den Jahren 2018/19, noch die „Rückkehr des Vertrauens“ in den ersten Krisenmonaten des Jahres 2020. Schlechte Vertrauenswerte für Staat und Regierung sind deshalb noch keine Krise der Demokratie. Ebenso wenig sind verbesserte Vertrauenswerte ein Blankoscheck für die Zukunft.

„Das Vertrauen der ersten Phase ist kein Blankoscheck für die Zukunft.“

Aber die Stimmungslagen, die sie abbilden sind politisch wichtig: Sie beeinflussen politische Handlungsspielräume und Wirkungsmöglichkeiten. Als eine Determinante des öffentlichen Klimas liefern sie wichtige Hinweise und Anhaltspunkte für die Gestaltung und Kommunikation von Politik und Regierungshandeln – auch und gerade in Krisenzeiten. Deshalb erlaubt die Rückkehr des Regierungsvertrauens zwar eine sehr positive Zwischenbilanz der ersten Phase der Pandemiebekämpfung. Ein Ruhekit für die Zukunft ist sie aber nicht.

Autoren:



Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81526

Robert Vehrkamp ist Senior Advisor im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung.



Lars Bischoff
lars.bischoff@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81165

Lars Bischoff ist Project Manager im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung.

Weiterführende Literatur:

Faus, Rainer, Tom Mannewitz, Simon Stroks, Kai Unzicker und Erik Vollmann (2019). Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien - Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Studie der Bertelsmann Stiftung.

Köcher, Renate (2019). Erosion des Vertrauens. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 20.11. 2019. 270.

Siegel, Nico A. und Gert G. Wagner (2020). Der Kitt der Krise: dauerhaft belastbar oder rasch bröckelig? *infratest dimap*.

Vehrkamp, Robert und Theres Matthieß (2019). Besser als ihr Ruf - Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018. Studie der Bertelsmann Stiftung. DOI 10.11586/2019051

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Robert Vehrkamp, Christina Tillmann

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

Mai 2020 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Zukunft der Demokratie« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.